



## Presseinformation

Nr. 301/2006

Kiel, Freitag, 13. Oktober 2006

*Sperrfrist: Redebeginn*

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Kinder/Jugendliche/Soziales/Frühwarnsystem

### Heiner Garg: Wenn das Land landesweit Schutzengel muss es auch dafür sorgen, dass diese Flügel haben.

In seinem Redebeitrag zu **TOP 36** (Früher wahrnehmen - schneller handeln - besser kooperieren - zum Wohle unserer Kinder) sagte der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, **Dr. Heiner Garg**:

„Gesundheitliche Störungen, Fehlentwicklungen, Vernachlässigung und Misshandlungen von Kindern sollten nicht nur frühzeitig erkannt, sondern auch von vornherein verhindert werden. Der von der Landesregierung vorgelegte Bericht zeigt, dass es hierzu eine Fülle von Hilfsangeboten im Land gibt. Die Anforderungen an gesundheitliche und soziale Frühwarnsysteme werden im Bericht klar benannt und in drei Leitprinzipien konkret definiert:

- Früher wahrnehmen
- Schneller handeln
- Besser kooperieren

Leider macht der Bericht deutlich, dass die breite Umsetzung dieser Leitlinien in der Praxis noch zu oft an den örtlichen Gegebenheiten scheitert.

So wurde das Ziel erkannt – bei der Umsetzung hakt es oftmals daran, dass zu viele Beteiligte nebeneinander herarbeiten – anstatt in einer klaren Kooperationsstruktur eingebunden zu sein.

So können beispielsweise erst durch ein koordiniertes Zusammenspiel von Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheitsdiensten, Hebammen und Medizinern die betroffenen Kinder auch im Säuglings- und Kleinkindalter erreicht werden. Das bedeutet: Je besser die Kooperation, desto früher und schneller kann gehandelt werden und umgekehrt.

Deshalb dürfen diese drei Handlungsfelder nicht nebeneinander stehen. Natürlich ist in diesem Zusammenhang auch die Einbindung vorhandener Strukturen notwendig.

Das ist aber nur dann möglich, wenn es diese Strukturen an den oftmals sozialen Brennpunkten überhaupt gibt!

**Christian Albrecht**, Pressesprecher, V.i.S.d.P., FDP Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Landeshaus, 24171 Kiel, Postfach 7121, Telefon: 0431/9881488 Telefax: 0431/9881497, E-Mail: [presse@fdp-sh.de](mailto:presse@fdp-sh.de), Internet: <http://www.fdp-sh.de/>

**Wolfgang Kubicki**, MdL  
Vorsitzender

**Dr. Heiner Garg**, MdL  
Stellvertretender Vorsitzender

**Dr. Ekkehard Klug**, MdL  
Parlamentarischer Geschäftsführer

**Günther Hildebrand**, MdL

www.fdp-sh.de

Ein weiteres Problem wird ebenfalls deutlich: Es fehlen zu oft die Ressourcen und nicht so sehr der Zugang zu den Einrichtungen.

Ein prominentes Beispiel ist das Schutzengel-Projekt in Flensburg. Durch das Projekt werden gerade die Familien angesprochen, die ansonsten durch staatliche Institutionen oder anderen Hilfsangeboten nicht, oder nur teilweise erreicht werden können.

Das Konzept, dass dem Schutzengel-Projekt zugrunde liegt, wird im Bericht deshalb zu Recht als landesweites Vorbild aufgeführt.

Dennoch muss dieses Projekt jährlich um seinen Erhalt kämpfen. Als Modellprojekt muss es nach Wegfall der Fördermittel durch das Land damit rechnen, dass weder die finanziellen Zuweisungen durch die Kommune noch durch Spendengelder ausreichen, um es auch mittel- und langfristig zu erhalten.

So besteht die Gefahr, dass sinnvolle Modelle geschaffen und erprobt werden, die dann im Anschluss aufgrund einer nicht ausreichenden Finanzierung nicht fortgeführt werden können.

Leider ist dies zu oft schon in Schleswig-Holstein geschehen.

Da hilft die Aussicht auf Mittel aus dem Bundesmodellprogramm „Frühe Förderung für gefährdete Kinder“ nicht weiter, wenn hinsichtlich einer soliden Finanzierung die Perspektive fehlt.

Wenn das Land landesweit Schutzengel will, dann muss es auch dafür sorgen, dass diese Flügel haben.

Das heißt konkret: Dann muss das Land eine solide, verlässliche finanzielle Grundlage schaffen.

Können wir es uns in Schleswig-Holstein noch erlauben, bis zur Schuleingangsuntersuchung abzuwarten, um den notwendigen Förderbedarf jedes einzelnen Kindes erst am 6. Lebensjahr festzustellen?

Nein. Natürlich nicht.

Wir befinden uns doch im Blindflug hinsichtlich des Förderbedarfs, wenn Kinderärzte feststellen, dass 10 bis 20% aller Kinder mit 6 Jahren aufgrund von Entwicklungsverzögerungen nicht schulreif sind.

Das bedeutet, dass vorher die Grundlagen für eine entsprechende Frühförderung geschaffen werden müssen und nicht erst dann, wenn diese Kinder eingeschult werden sollen.

Andernfalls wird hier der Grundstein für eine für die Kinder unbefriedigende und frustrierende Schulkarriere gelegt.

Besonders dann, wenn die Rückstellung wegen mangelnder Schulreife auch noch erschwert wird, so wie es die große Koalition es in ihrem Entwurf zum neuen Schulgesetz vorsieht.

Hier erwarte ich von der Landesregierung einen konkreten Vorschlag, wie diese Kinder rechtzeitig gefördert und erreicht werden können.

Dieser konkrete Vorschlag muss spätestens dann erfolgen, wenn die Ergebnisse der landesspezifischen Auswertung des bundesweiten Kinder- und Jugendgesundheitssurveys für Schleswig-Holstein vorliegen.

Eine entsprechende Forderung der FDP-Fraktion liegt mit unserem Ergänzungsantrag vor.“

